

Ständerat

Conseil des Etats

Consiglio degli Stati

Cussegl dals stadis



Der Präsident
CH-3003 Bern

Vereinigung der Europäischen Senate

VIII. Tagung , Bern 20.-22. April 2006

Schlussklärung des Ständeratspräsidenten (am 21. April)

1. Wir haben uns für die VIII. Tagung der Vereinigung der Europäischen Senate vorgenommen, nach dem Beitrag der Senate zu einer bürgernahen Politik zu fragen und unsere Erfahrungen auszutauschen.
2. Wir können feststellen, dass in allen Senaten der Wille spürbar ist, Politik im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu machen. Es gibt verschiedene institutionelle Prinzipien, welche die Bürgernähe fördern, und welche in den Verfassungen der meisten Mitglieder verankert sind. Dazu gehört die Öffentlichkeit der Verhandlungen der Senate. Die modernen Mittel der Kommunikation wie zum Beispiel das Internet helfen, die Verhandlungen und Beschlüsse der Senate auch denjenigen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen, die sich nicht persönlich auf die Tribüne des Senats begeben können. Elektronische Kommunikationsmittel erweitern auch die Möglichkeiten des Austausches zwischen Bürgern und Mitgliedern des Senates. Sie werden mehr und mehr genutzt und sind eine Chance für bürgernahe Politik.
3. Die Erklärungen der Präsidentinnen und Präsidenten haben auch institutionelle Unterschiede deutlich gemacht. Die Senate repräsentieren verschiedene Gebietskörperschaften und verschiedene Teile der Gesellschaft je nach der verfassungsmässigen Organisation ihrer Staaten und auch abhängig von der Geschichte des Landes. Einzelne Senate sind vollständig, andere teilweise und wieder andere gar nicht vom Volk gewählt. Die Kompetenzen der Senate variieren ebenfalls beträchtlich. Dennoch bleibt eine Gemeinsamkeit: alle Senate gestalten die Lebensumstände ihrer Bevölkerung und haben deshalb die Verantwortung, als oberstes Ziel das Wohl der Bürgerinnen und Bürger anzustreben.
4. Sehr eindrücklich waren die Gedanken, welche die beiden eingeladenen Gäste zum Thema der Konferenz beigesteuert haben. Wie können wir junge Menschen in unseren Ländern für Politik interessieren? Wir müssen sie in die politischen Prozesse integrieren, und ihnen sowie ihren Organisationen Gelegenheit zur aktiven und kritischen Teilnahme geben. Die Optik der jungen Leute macht keinen Halt an den Landesgrenzen. Sie pflegen den Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern in Europa und der Welt. Das Prinzip der Subsidiarität erlaubt, dass in den europäischen Institutionen diejenigen Probleme gelöst werden, welche die Landesgrenzen übersteigen, während die anderen Fragen weiterhin in den nationalen Parlamenten geregelt werden sollen.

Das Rundtischgespräch hat ergeben, dass in vielen Senaten ganz bewusst der Kontakt zur jungen Generation gesucht wird. Dies geschieht durch Bildungsangebote,



durch Anhörung von Jugendlichen und Jugendorganisationen in parlamentarischen Kommissionen oder in anderer Form. Das Prinzip der Subsidiarität wird von zahlreichen Senatspräsidentinnen und Senatspräsidenten begrüsst. Es ist in vielen Bundesstaaten auf nationaler Ebene verwirklicht und auch im Europäischen Verfassungsvertrag vorgesehen. Die Senate sind geeignet, die den nationalen Parlamenten zuerkannte Kompetenz wahrnehmen, die europäische Gesetzgebung auf ihre Verträglichkeit mit dem Subsidiaritätsprinzip zu überprüfen. Damit kann die Bürgernähe gefördert werden.

5. Die Senatspräsidentinnen und Senatspräsidenten waren sich einig, dass der gegenseitige Austausch der Erfahrungen wertvoll ist und dass sie von einander lernen können. Mit grossem Dank haben sie die Einladung des tschechischen Senatspräsidenten angenommen, sich zur Feier des Jubiläums des tschechischen Senats im Herbst 2006 zu einer ausserordentlichen Sitzung in Prag zu versammeln. Die Gastgeber der beiden nächsten ordentlichen Treffen in den Jahren 2007 und 2008 werden der Senat Rumäniens und der Bundesrat Österreichs sein.
6. Wir hoffen sehr, dass die Bevölkerung Rumäniens, aber auch anderer Staaten im nächsten Jahr nicht wieder von Hochwasser heimgesucht wird und dass unsere Parlamente die nötigen Beschlüsse fassen, um derartige Umweltkatastrophen weniger wahrscheinlich zu machen.
7. Zum Schluss dieser VIII. Tagung der Vereinigung der Europäischen Senate in Bern möchten wir allen Delegationen danken, dass sie nach Bern gekommen sind und aktiv an unseren Diskussionen teilgenommen haben. Wir danken auch der jungen Schweizerin und dem jungen Schweizer für ihre Beiträge sowie Kollege Ständerat Berset für die Diskussionsleitung am Rundtischgespräch des heutigen Nachmittags. Morgen laden wir alle Delegationen, die noch in der Schweiz bleiben können, zu einem Besuch meines Heimatkantons Solothurn ein. Den Delegationen, die schon heute die Schweiz verlassen müssen, wünschen wir eine gute Heimkehr und denjenigen, die Ostern noch nicht gefeiert haben, frohe Ostern. Wir freuen uns, Sie bald wieder zu treffen.